

Benedict Ugarte Chacón

# Überforderte Populisten

Die Fraktionen von FDP und AfD im Abgeordnetenhaus  
von Berlin und ihr Beitrag zur Flughafenpolitik



Berliner  
Wissenschafts-Verlag

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung</b>	<b>7</b>
<b>2. Anmerkungen zum Untersuchungsgegenstand</b>	<b>9</b>
<b>3. Anmerkungen zum Projekt Flughafen Berlin Brandenburg (BER)</b>	<b>15</b>
<b>4. Zur Finanzierung des Projekts BER</b>	<b>20</b>
<b>5. Instrumente des Abgeordnetenhauses zur Regierungskontrolle</b>	<b>22</b>
<b>6. Programmatische Äußerungen der FDP Berlin zum Themenkomplex BER</b>	<b>27</b>
<b>7. Programmatische Äußerungen der AfD Berlin zum Themenkomplex Flughafen Berlin Brandenburg</b>	<b>29</b>
<b>8. Der Volksentscheid zum Weiterbetrieb des Flughafens Tegel</b>	<b>31</b>
8.1 Unterstützung durch Ryanair oder Unterstützung von Ryanair?	41
8.2 Falsche Angaben in den amtlichen Unterlagen zum Volksentscheid am 24. September 2017	43
8.3 Nachträgliche Unterstützung durch die FDP Brandenburg	46
8.4 Der Volksentscheid „Berlin braucht Tegel“ als Missbrauch der direkten Demokratie	48
<b>9. Die Fraktion der FDP im Abgeordnetenhaus von Berlin</b>	<b>50</b>
9.1 Forderungen der FDP-Fraktion im Rahmen ihrer Flughafenpolitik	50
<b>10. Die Fraktion der AfD im Abgeordnetenhaus von Berlin</b>	<b>53</b>
10.1 Forderungen der AfD-Fraktion im Rahmen ihrer Flughafenpolitik	54
<b>11. Die Arbeit der Fraktion der FDP zur Flughafenpolitik</b>	<b>61</b>
11.1 Antrag: Berlin braucht Tegel – Tegel-Offenhaltungs-Gesetz	61
11.2 Antrag: Umsetzung des Volksentscheids „Berlin braucht Tegel“. Bürgervotum ernst nehmen – Zeit zum Handeln!	63
11.3 Antrag: Schlussfolgerungen aus dem Volksentscheid: Bebauung der Elisabeth-Aue endlich vorantreiben	65

11.4	Antrag: Schlussfolgerungen aus dem Volksentscheid: Abrissmaßnahmen der Flughafenbrücke in Tegel sofort stoppen	66
<b>12.</b>	<b>Weiteres Engagement der FDP-Fraktion</b>	<b>69</b>
<b>13.</b>	<b>Die Arbeit der Fraktion der AfD zur Flughafenpolitik</b>	<b>73</b>
13.1	Antrag: Flughafen BER an die Innenstadt anschließen: U7 verlängern	73
13.2	Antrag: Volksentscheid „Berlin braucht Tegel“ – Vorschlag des Abgeordnetenhauses	74
13.3	Antrag: Einrichtung eines Sonderausschusses	75
13.4	Antrag: Flughafen Tegel „Otto Lilienthal“ unverzüglich an das U-Bahnnetz anschließen!	79
13.5	Antrag: Doppelbetrieb TXL und SXF/BER prüfen	80
13.6	Antrag: Flughafen Tegel im Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion berücksichtigen, Landesplanung neuen Erfordernissen zügig anpassen!	81
13.7	Exkurs: Das geheimnisvolle „PwC-Gutachten“	82
13.8	Weiteres Engagement der AfD-Fraktion	86
<b>14.</b>	<b>Der Untersuchungsausschuss BER II</b>	<b>91</b>
<b>15.</b>	<b>Fazit</b>	<b>100</b>
<b>16.</b>	<b>Literatur</b>	<b>103</b>
<b>17.</b>	<b>Abkürzungen</b>	<b>113</b>

# 1. Einleitung

Das Thema Flughafen Berlin Brandenburg – kurz: BER – scheint von zeitloser Aktualität zu sein. Es vergeht fast kein Tag, an dem nicht Meldungen durch die Medien ziehen, welches tatsächliche oder vermeintliche Missgeschick nun schon wieder mit der Errichtung des Flughafens einhergegangen ist. Schwerpunkt dieser Publikation soll jedoch nicht der BER oder seine Errichtung sein, sondern der Umgang der Abgeordnetenhaus-Fraktionen von FDP und AfD damit. Denn auch wenn das Thema BER zumindest medial nicht mehr zur großen Aufregung taugt, so transportieren doch die Äußerungen aus Richtung der genannten Fraktionen immer eine Spur von Empörung mit. Dies mag zu einem weiten Teil dadurch begründet sein, dass der BER sowie die Berliner Flughafenpolitik insgesamt für neu ins Parlament eingezogene Oppositionsfraktionen vergleichsweise einfach zu bespielende Bereiche sind – zumindest, wenn man Empörung transportieren will. Doch wie sieht es mit der parlamentarischen Arbeit der genannten Fraktionen zu diesen Themenbereichen aus? Um es vorwegzunehmen: Äußerst dürftig. Während die FDP-Fraktion sich bspw. beim Schreiben von Anträgen sehr zurückhält, bewegen sich die Anträge der AfD-Fraktion auf einem fachlichen Niveau, das durchaus gesteigert werden könnte. Die tatsächliche Arbeitsleistung der genannten Fraktionen steht im Gegensatz zur eigenen Stilisierung einerseits als „Tegelretter“ und andererseits als Kraft des „politischen Realismus“. Beide Fraktionen verfolgen, so die These, im Zusammenhang mit ihren Beiträgen zur Flughafenpolitik zwar unterschiedliche aber dennoch gleichsam populistische Ziele. Während es dem Personal der einen um den schnellen und leichtverdaulichen Effekt geht, versuchen die anderen sich als aufrechte Vollstrecker eines imaginierten Volkswillens zu gerieren.

Wir wollen uns in dieser Publikation mit programmatischen Äußerungen der Parteien FDP und AfD zur Flughafenpolitik sowie ihrer parlamentarischen Praxis auseinandersetzen. Es werden hierzu nicht sämtliche Beiträge, Anträge oder parlamentarischen Befassungen im Zusammenhang mit dem Berliner Flughafensystem behandelt. Es geht uns auch nicht um eine Klärung von grundsätzlichen politischen oder rechtlichen Fragen in diesem Zusammenhang, wie es die Behandlung des Flughafens Tegel und des dazugehörigen Volksentscheids als ewige Streitthemen nahelegen könnte. Vielmehr soll an beispielhaften Beiträgen von FDP- und AfD-Fraktion gezeigt werden, welchen Gehalt die parlamentarische Arbeit der Fraktionen jeweils hat. Die vorliegende Publikation bewegt sich auf dem Stand von Juli 2018.

Kurz zum Verfasser: Es wird in der Literatur zurecht darauf verwiesen, dass Forschende den eigenen Standpunkt offen legen sollten, falls sie sich auch in anderen Zusammenhängen mit dem Forschungsfeld befassen oder ggfs. hierzu politisch Po-

sition beziehen.<sup>1</sup> Dem nachkommend sei darauf verwiesen, dass der Verfasser von 2012 bis 2016 als Referent für die Piratenfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus im Untersuchungsausschuss BER arbeitete und seit 2017 in der Berliner Senatsverwaltung für Kultur und Europa als Referent für Angelegenheiten der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH beschäftigt ist. In diesem Zusammenhang ist er im Auftrag der Verwaltung u. a. auch mit der Vorbereitung diverser Gremiensitzungen der Flughafengesellschaft befasst und verfolgt regelmäßig Ausschusssitzungen des Abgeordnetenhauses von Berlin. Die hier wiedergegebenen Wertungen sind als private Meinungsäußerungen zu verstehen. Weiterhin nimmt der Verfasser für sich in Anspruch, durchaus parteilich zu argumentieren, was einer sich als kritisch verstehenden Politikwissenschaft eher zu- als abträglich sein dürfte.<sup>2</sup>

Berlin, im August 2018

- 
- 1 Vgl. Maria Behrens, Quantitative und qualitative Methoden in der Politikfeldanalyse. In: Klaus Schubert/Nils C. Bandelow, Lehrbuch der Politikfeldanalyse, München 2003, S. 228.
  - 2 Vgl. Michael Th. Greven, Aktualität und Bedeutung einer kritischen Politikwissenschaft nebst Bemerkungen zur Pluralismustheorie. In: Rainer Eisfeld (Hrsg.), Streitbare Politikwissenschaft, Baden-Baden 2006, S. 10 f.

## 2. Anmerkungen zum Untersuchungsgegenstand

Da diese Veröffentlichung die Populisten im Titel trägt, seien hier einige kurze Ausführungen gemacht: Folgen wir Decker, so liegt das eigentliche Problem im Umgang mit diesem Begriff

*„in der Unschärfe und scheinbaren inhaltlichen Beliebigkeit des Populismus, der historisch und gegenwärtig auf ganz unterschiedliche Gruppen, Personen, Ideologien, Verhaltensweisen und Äußerungsformen angewandt worden ist.“<sup>3</sup>*

Bilde man eine Schnittmenge aus unterschiedlichen Spielarten, so stehe

*„im Zentrum des Populismus-,Syndroms‘ der Rekurs auf das einfache ‚Volk‘ und die Kritik am ‚Establishment‘. Gemeint sind dabei, wenn vom Volk die Rede ist, immer die kleinen Leute, deren Wohl durch die herrschenden Eliten angeblich verletzt wird. Das Weltbild der Populisten entspricht mithin einer klaren Feindlage: hier das rechtschaffene Volk, dort die bösen Konzerne, Parteien, Regierungsapparate und sonstigen Machtblöcke, die sich gegen dessen Interessen verschworen haben.“<sup>4</sup>*

Populismus kann weiterhin als ein substanzloses Phänomen verstanden werden, dem ein zentrales, ihm eigenes Wertesystem abgeht. Als zyklisch auftretendes Phänomen passe er sich „permanent neuen Bezugssystemen an und setzt sich zu ihnen in eine Anti-Haltung.“<sup>5</sup> Zu den von Priester herausgearbeiteten Wesensmerkmalen des Populismus gehören die „Berufung auf den *common sense*, Anti-Elitarismus, Anti-Intellektualismus, Antipolitik, Institutionenfeindlichkeit sowie Moralisierung, Polarisierung und Personalisierung der Politik“<sup>6</sup> (Hervorhebung i. O.). Der Rückgriff auf den „gesunden Menschenverstand“ und eine Aversion gegen die „Bevormundung“ des Volkes seien ebenso kennzeichnend.<sup>7</sup>

Es stellt sich zwar allgemein die Frage, ob die gegenwärtige Parteipolitik insgesamt nicht immer wieder und in unterschiedlichen Zusammenhängen auch verstärkt populistische Elemente enthält. Doch da es hier um die Arbeit der Fraktionen von FDP und AfD im Abgeordnetenhaus von Berlin gehen soll, dürfen wir feststellen, dass letztere klar dem Rechtspopulismus zuzuordnen ist (s. u.) und erstere insbesondere im Zusammenhang mit dem Volksentscheid „Berlin braucht Tegel“ aber auch in ihren sonstigen Beiträgen und Äußerungen zur Flughafenpolitik einen mehr oder weniger klar populistisch ausgerichteten Kurs fährt. Hierzu gehört nicht nur die inhaltlich dürftige aber mit starken Worten immer wieder vorgetragene Berufung auf

---

3 Frank Decker, Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven. In: Frank Decker (Hrsg.), Populismus in Europa, Bonn 2006, S. 12.

4 Ebd.

5 Karin Priester, Wesensmerkmale des Populismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 5–6/2012, S. 3.

6 Ebd. S. 4.

7 Ebd.

das Ergebnis jenes Volksentscheids, welches schließlich den wahren Willen „der Berliner“ ausdrücke, dem sich die Landesregierung nicht beugen wolle. Dass mit dem Volksentscheid schwer oder gar nicht umsetzbare Versprechungen<sup>8</sup> seitens der Initiator/innen einhergingen und zum Teil irreführende und sachlich falsche Angaben gemacht wurden (s. Kap. 8.2) deuten wir als Beleg dafür, dass hier der Effekt für wichtiger als der Inhalt erachtet wurde. Gleiches gilt für den maßgeblich von der FDP-Fraktion vorangetriebenen Untersuchungsausschuss „BER II“ (s. Kap. 14). Hier äußerte sich der Fraktionsvorsitzende Sebastian Czaja mehrfach so, wie es den o. g. Merkmalen des Populismus entspricht – nämlich im Sinne einer moralisierenden und anti-elitären Ausrichtung: So bezeichnete er zum Beispiel in einem Facebook-Post im Zusammenhang mit dem Flughafen Tegel die Landesregierung, deren Politik einem „Bodensatz“ entspringe, als „machtverliebt“. Sie wende „schmutzige Tricks“ an, jedoch würde sie „uns“ nicht „klein kriegen“. „Lügen und Ungereimtheiten“ wolle man im Untersuchungsausschuss „BER II“ „aufdecken“.<sup>9</sup> Während einer Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr, Klimaschutz am 24. Mai 2018 suggerierte Czaja, die Landesregierung würde dem Parlament im Rahmen der Flughafenpolitik unehrliche Antworten geben, weswegen „ich die Strafprozessordnung bei dieser Regierung brauche“, was nur im Rahmen eines Untersuchungsausschusses ginge. Dieser würde benötigt, um „endlich genau an dieser Stelle Klarheit zu bekommen und aufzuräumen“.<sup>10</sup> Das starke Vokabular Czajas steht, wie wir sehen werden, in einem deutlichen Gegensatz zur inhaltlichen Qualität der Arbeit seiner Fraktion.

Nicht für bare Münze zu nehmen seien laut Decker die Proklamationen von Populisten, die sich auf direktdemokratische Beteiligungsformen beziehen. Hier würde in erster Linie der Zweck verfolgt, „das Volk gegen die herrschende Elite in Stellung zu bringen“.<sup>11</sup> Dabei seien Elemente direkter Demokratie mit der populistischen Demokracieauffassung schwer in Einklang zu bringen, da sie deren Ausrichtung letztlich zuwiderliefen:

*„Im Kontext der repräsentativen Institutionen und des parlamentarischen Parteienwettbewerbs würden sie aber eher in Richtung Konsens und Interessenausgleich wirken, also das Gegenteil von dem bezwecken, was die populistische Demokratie propagiert.“<sup>12</sup>*

---

8 Hierzu rechnen wir die permanent von Vertreter/innen der FDP aber auch der AfD öffentlich transportierte Haltung, es sei lediglich eine Frage des politischen Willens, den Flughafen weiter zu betreiben. Hierbei werden allzu oft rechtliche und weitergehende strukturelle und politische Aspekte außer Acht gelassen bzw. von den genannten Akteur/innen nicht weiter berücksichtigt und die Problematik somit insgesamt unsachgemäß verkürzt.

9 <https://www.facebook.com/czaja.sebastian/photos/a.227612627279264.57506.227292860644574/2251560961551077/?type=3&theater> (Stand: 26.07.2018).

10 Abgeordnetenhaus von Berlin, 18. WP, Wortprotokoll UmVerk 18/22, S. 19.

11 Frank Decker (Die populistische Herausforderung) S. 27. Vgl. auch Marcel Lewandowsky, Alternative für Deutschland (AfD). In: Frank Decker/Viola Neu (Hrsg.), Handbuch der deutschen Parteien, Bonn 2017, S. 167.

12 Frank Decker (Die populistische Herausforderung) S. 27.

Somit ist auch nach unserer Auffassung die positive Bezugnahme der AfD Berlin und ihrer Fraktion auf den Volksentscheid „Berlin braucht Tegel“ als rein funktional im Sinne ihrer (rechts)populistischen Ausrichtung zu verstehen.

Ein weiteres Merkmal rechtspopulistischer Parteien sei laut Decker eine Agitation, die „die Gegnerschaft zum Establishment und die Ausgrenzung der Nicht-Zugehörigen“<sup>13</sup> widerspiegeln. Dass es sich bei der AfD, deren gesamte Ausrichtung sich gegen Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund wendet, um eine rechtspopulistische Partei handelt, ist unstrittig. Im Zusammenhang mit dieser Partei und ihrer Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin sei dennoch eines vorweggenommen und betont: Es ist aus unserer Sicht nicht angebracht, diese Partei wie eine herkömmliche zu behandeln. Dies würde im Übrigen auch ihrer Selbstpositionierung widersprechen, sieht sie sich doch in Opposition zu den von ihr so benannten „Altparteien“<sup>14</sup>, die sie für allerlei Missstände verantwortlich macht.<sup>15</sup> Die AfD insgesamt ist als politische Kraft zu verstehen, in der mehr oder weniger offen der Anschluss an rechtsradikale Akteure wie zum Beispiel die „Identitäre Bewegung“ gesucht wird<sup>16</sup> und die als parlamentarisches Sprachrohr der fremdenfeindlichen „Pegida-Bewegung“ gelten kann.<sup>17</sup> So verwundert es bspw. nicht, dass bei einem AfD-Aufmarsch am 27. Mai 2018 in Berlin auch Rechtsextreme, NPD-Mitglieder und Angehörige der sog. Reichsbürgerbewegung mitmarschierten.<sup>18</sup> Auch bestehen Kontakte ihres Führungspersonals zum „Chefideologen der populistischen Rechten weltweit“<sup>19</sup> Steve Bannon. Weiterhin scheint insbesondere im Berliner Landesverband ein zweifelhaftes innerparteiliches Demokratieverständnis zu herrschen.<sup>20</sup> Die

---

13 Ebd. S. 17

14 Bei der angeblich gemäßigten Berliner AfD wird diese Bezeichnung für demokratische Parteien ebenfalls genutzt. Vgl. Rede von Georg Pazderski anlässlich der Eröffnung der Landeswahlversammlung der AfD Berlin am 04./05.03.2017. In: [www.afd-berlin.de](http://www.afd-berlin.de) (Stand: 25.05.2018).

15 Auch vom „Flughafenchaos der Altparteien“ sprechen AfD-Vertreter/innen im Zusammenhang mit dem Flughafen BER, so z. B. Pazderski in einer Plenarrede am 28.09.2017. Abgeordnetenhaus von Berlin, 18. WP, Plenarprotokoll 18/15, S. 1488.

16 Vgl. bspw. Hajo Funke, Von Wutbürgern und Brandstiftern, Berlin 2016, S. 135 ff.; Anna-Lena Herkenhoff, Rechter Nachwuchs für die AfD – die Junge Alternative (JA). In: Alexander Häusler (Hrsg.), Die Alternative für Deutschland, Wiesbaden 2016, S. 201 ff.; Agnes Taegen/Olaf Sundermeyer, Gartenparty mit möglichen Folgen. In: <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2017/05/afd-berlin-verfassungsschutz-identitaere-bewegung.html> (Stand: 26.05.2018) u. Evangelischer Pressedienst, Einzelne AfD-Politiker im Visier der Verfassungsschützer. In: <https://www.epd.de/landesdienst/landesdienst-ost/schwerpunktartikel/einzelne-afd-politiker-im-visier-der-verfassungssch> (Stand: 26.05.2018).

17 Vgl. Frank Decker, AfD, Pegida und die Verschiebung der parteipolitischen Mitte. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 40/2015, S. 31 f.; Felix Korsch, Stichwortgeber in Nadelstreifen. In: Alexander Häusler (Hrsg.), Die Alternative für Deutschland, Wiesbaden 2016, S. 135 ff. u. Franziska Schreiber, Inside AfD. Der Bericht einer Aussteigerin, München 2018, S. 123 ff.

18 Abgeordnetenhaus von Berlin, 18. WP, Drs. 18/15221.

19 Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (Verwandte Seelen) v. 10.06.2018.

20 Die Zeit (Gefälschte Stimmen) 45/2017.



Entwicklung der Partei muss hier nicht im Einzelnen ausgeführt werden, da zu diesem Themenbereich eine Vielzahl von Untersuchungen vorliegt.<sup>21</sup> Es sei zudem darauf verwiesen, dass die Anwesenheit angeblich „liberaler“ Kräfte innerhalb der AfD nicht über die Anti-Liberalität der Gesamtpartei hinwegtäuschen kann. Wenn demnach die in dieser Bearbeitung vorkommenden Abgeordneten Frank-Christian Hansel und Kristin Brinker von manchen „liberal“ verortet werden<sup>22</sup>, mag dies vielleicht auf das öffentliche Auftreten dieser Abgeordneten zutreffen. Dass sie Mitglieder in einer für rechtsradikale Akteure offenen Partei sind, ist Beleg genug dafür, dass es mit der angeblichen Liberalität nicht allzu weit her sein kann. Um es mit Hajo Funke zu sagen:

*„In Berlin macht die Partei den Versuch, in bestimmten Feldern normale Arbeit zu machen, sei es bei den Themen Verkehr oder Umwelt. Aber sie tun es im Namen einer AfD, die eine andere Republik will.“<sup>23</sup>*

Im parlamentarischen Raum trug die AfD sowohl im Deutschen Bundestag als auch im Abgeordnetenhaus von Berlin durch ihr mobartiges Auftreten zu einer Verrohung der Debatten bei, die der sonst stets hochgehaltenen Würde der Häuser zuwider läuft.<sup>24</sup> Die Fraktion der Berliner AfD mag im Gegensatz zu anderen Fraktionen dieser Partei gemäßigt erscheinen. Allerdings heißt es in einer Publikation der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) und des Antifaschistischen Pressearchivs und Bildungszentrums (Apabiz) zu ihrer parlamentarischen Arbeit, sie versuche antimuslimischen Rassismus im Kontext von Sachfragen zu kaschieren.<sup>25</sup> Und manche Äußerungen ihrer Abgeordneten sind nicht minder völkisch, rassistisch, antiintellektuell und gegen nicht-heterosexuelle Lebensweisen gerichtet, wie es eben bei rechtspopulistischen und rechtsradikalen Akteuren immer wieder zu beobachten ist. So kritisierte der Fraktionsvorsitzende Georg Pazderski in einer Pressemitteilung vom 18. Mai 2018 etwa, dass angeblich zusätzliche öffentliche Gelder aufgewendet würden, um die Sicherheit des „Multikulti-Event Karneval der Kulturen“ zu erhöhen – während „die meisten traditionellen deutschen Weihnachtsmärkte in Berlin

---

21 Vgl. bspw. Sebastian Friedrich, Die soziale Basis der AfD. In: Friedrich Burschel (Hrsg.), Aufstand der „Wutbürger“. Zugl. Papers 07/2015 der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2015, S. 47 ff.; Wolfgang Schroeder/Bernhard Weßels/Christian Neusser/Alexander Berzel, Parlamentarische Praxis der AfD in deutschen Landesparlamenten. WZB Discussion Paper SP 2017-102, Berlin 2017; Sebastian Friedrich, Die AfD, Berlin 2017; Melanie Amann, Angst für Deutschland, München 2018.

22 Vgl. Der Tagesspiegel (Verhalten provokant) v. 19.09.2016.

23 Berliner Morgenpost („Das liberale Berlin hat ein Zeichen gesetzt“) v. 28.05.2018.

24 Vgl. bspw. Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (Weidel und das Lachen im Halse) v. 20.05.2018; TAZ (Der nächste Schritt) v. 11.11.2017; Frank Pergande, Die AfD isoliert sich. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung v. 17.06.2018 u. Tino Moritz/Toralf Staud, Rechtsaußen, mittendrin. In: Heike Kleffner/Matthias Meisner (Hrsg.), Unter Sachsen, Bonn 2017, S. 58 ff.

25 MBR/Apabiz (Hrsg.), Berliner Zustände 2017, Berlin 2018, S. 25.

sehen müssen wo sie bleiben“.<sup>26</sup> Gleichzeitig stellte Pazderski in rassistischer Manier einen – unbelegten – Zusammenhang zwischen Terrorismusgefahr und Asylbewerber/innen her:

*„Dabei ist es die verfehlte Altparteien-Politik der offenen Grenzen, der Nicht-Abschiebung von illegalen Ausländern und abgelehnten Asylbewerbern sowie des jahrelangen Kaputtsparens der Polizei, die die zusätzlichen Kosten für mehr Sicherheit erst ausgelöst haben.“<sup>27</sup>*

Auch gebraucht Pazderski in einem anderen Zusammenhang einen ethnozentrisch verengten Volksbegriff,<sup>28</sup> wenn er eine „nationale Identität“ herbeimaginiert und feststellt, dass für die Berliner AfD

*„weder zugereiste spanische Internetexperten oder illegale Zuwanderer noch geduldete Flüchtlinge oder Drogenhändler aus der Dritten Welt, die in Berlin ihre traurigen Geschäfte mit deutschen Jugendlichen machen, Teil des Volkes“<sup>29</sup>*

seien. Antiintellektuell verhält sich die Berliner AfD-Fraktion, wenn sie Pressemitteilungen veröffentlicht, in denen ihre Abgeordneten mit Kulturschaffenden abrechnen, deren Haltung ihnen nicht genehm ist. Kritisiert werden oftmals keine konkreten Tatsachen, sondern es wird allgemein gegen kulturelle Einrichtungen und ihr Personal agitiert und ein vermeintlicher größerer Zusammenhang hergestellt, in dem sich Kulturschaffende in angeblich höherem Auftrag gegen Bürger/innen und AfD stellen. So unterstellte der Abgeordnete Hans-Joachim Berg am 14. Mai 2018 dem Berliner Maxim-Gorki-Theater, es lasse sich „vor den gesinnungspolitischen Propaganda-Karren der vereinigten Linken in Berlin“<sup>30</sup> spannen, da es auf seiner Internetseite einen Aufruf zu einer „glänzenden Demonstration der Künste“<sup>31</sup> gegen den von der AfD für den 27. Mai 2018 angekündigten Aufmarsch veröffentlicht hatte. Nach Meinung von Berg würde so die Kunstfreiheit – der AfD-Abgeordnete setzte das Wort in seiner Erklärung in Anführungszeichen – zum „Gesinnungskampf gegen die Freiheit Andersdenkender missbraucht“.<sup>32</sup> Dass Theater sich gegen die AfD positionierten weise darauf hin, dass diese Kultureinrichtungen sich „nicht an alle Bürger dieser Stadt richten, sondern von einer Minderheit für ideologische Zwecke missbraucht“ würden.<sup>33</sup> Dem Deutschen Bühnenverein warf Berg vor, dieser vollziehe eine „freiwillige politische Selbstversklavung im Interesse des herrschenden Gesinnungskartells“<sup>34</sup>,

---

26 AfD-Fraktion Berlin, Pressemitteilung v. 18.05.2018.

27 Ebd.

28 Vgl. Hajo Funke, Volk, völkisch, Volksgemeinschaft. In: Einsicht 18. Bulletin des Fritz Bauer Instituts, Herbst 2017, S. 30.

29 Rede von Georg Pazderski anlässlich der Eröffnung der Landeswahlversammlung der AfD Berlin am 04./05.03.2017. In: [www.afd-berlin.de](http://www.afd-berlin.de) (Stand: 25.05.2018).

30 AfD-Fraktion Berlin, Pressemitteilung v. 14.05.2018.

31 [www.gorki.de/de/aufruf-zur-glaenzenden-kundgebung-und-demo-im-rahmen-der-gegenproteste-zur-bundesweiten](http://www.gorki.de/de/aufruf-zur-glaenzenden-kundgebung-und-demo-im-rahmen-der-gegenproteste-zur-bundesweiten) (Stand: 21.05.2018).

32 AfD-Fraktion Berlin, Pressemitteilung v. 14.05.2018.

33 Ebd.

34 AfD Fraktion Berlin, Pressemitteilung v. 13.06.2017.

da er sich gegen Rechtspopulismus und rechtsnationale Parteien gewandt habe. Der Bühnenverein solle sich künftig lieber mit Themen wie „Identität von Land, Kultur und Volk“ oder „Fragen der Zerstörung familiärer Zusammenhalte durch Genderpropaganda“ befassen.<sup>35</sup> Dem Intendanten des Friedrichstadt-Palastes warf Pazderski wiederum ein „totalitäres Weltbild“<sup>36</sup> vor, da dieser sich kritisch über AfD-Wähler geäußert hatte. Der Abgeordnete Martin Trefzer griff den „March for Science“, mit dem sich gegen Pseudowissenschaft und „alternative Fakten“ gewandt werden sollte, damit an, dass er betonte, Wissenschaft und Forschung müssten sich u. a. Fragen „nach ihrer gesellschaftlichen Relevanz“ stellen:

*„Strittige Forschungsfelder dürfen der kritischen gesellschaftlichen Diskussion nicht durch den Gegenwurf der Unwissenschaftlichkeit entzogen werden. Dies gilt auch und gerade für die Gentechnik- und Embryonenforschung, aber auch für die Geschlechter-, Migrations- und Minderheitenforschung, insbesondere die sogenannte ‚Genderforschung‘“.*<sup>37</sup>

Antielitär gibt sich die AfD-Fraktion Berlin, wenn sie bspw. in ihrem „Berliner Kurs“, einem Papier, das sie im Frühjahr 2017 beschlossen hatte, gegen ein „Kartell der Altparteien“ agitiert. Dieses angebliche Kartell würde „die Interessen großer Teile der Bevölkerung missachten“ und habe sich „den Staat zur Beute gemacht“. Die AfD-Fraktion wende sich dagegen, dass „abgehobene Berufspolitiker, übermächtige Lobbyisten und selbsternannte Sprecher von Minderheiten den Kurs unserer Stadt bestimmen“.<sup>38</sup> Der Abgeordnete Franz Kerker machte deutlich, wie die AfD-Fraktion nicht-heterosexuelle Lebensweisen beurteilt:

*„Homosexuelle und transsexuelle Lebensweisen sind zu tolerieren. Etwas zu tolerieren, bedeutet, es als normabweichend zu begreifen, aber zu dulden. Die Norm ist ganz klar die auf Fortpflanzung angelegte Beziehung zwischen Mann und Frau.“*<sup>39</sup>

In solch ein Umfeld muss das Agieren angeblich liberaler Abgeordneter wie Brinker und Hansel eingeordnet werden. Denn auch wenn sich diese beiden öffentlich nicht so äußern, wie ein Teil ihrer Kollegen, so agieren sie doch als Teil einer Fraktion, die sich entsprechend verhält. Und auch Brinker setzt in ihren Anfragen – aus welchen Gründen auch immer – das Wort „Flüchtlinge“ in Anführungszeichen.<sup>40</sup> Die im Folgenden untersuchten Beiträge zum Themenkomplex BER/Tegel von Brinker und Hansel können nicht losgelöst von den anderen Beiträgen dieser Fraktion gesehen werden. Mehr noch: Es kann unterstellt werden, dass die vorgeblich volksnahe und teilweise im pseudofachlichen Deckmantel daherkommende Arbeit von Brinker und Hansel der AfD einen scheinbar demokratisch orientierten Anstrich verpassen soll.

---

35 Ebd.

36 AfD-Fraktion Berlin, Pressemitteilung v. 05.10.2017.

37 AfD-Fraktion Berlin, Pressemitteilung v. 24.04.2017.

38 AfD-Fraktion Berlin, Pressemitteilung v. 03.04.2017 incl. Beschlussvorlage „Der ‚Berliner Kurs‘ der Fraktion der Alternative für Deutschland im Abgeordnetenhaus Berlin“.

39 AfD-Fraktion Berlin, Pressemitteilung v. 15.02.2018.

40 Abgeordnetenhaus von Berlin, 18. WP, Drs. 18/15276.